



Dr. Edgar Franke

26. Mai 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

26. Mai 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitspolitische Reise nach China

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

eine ereignisreiche Parlamentswoche ist wieder zu Ende gegangen. Zentrales Thema war der Gesetzentwurf zum Thema „Heizen“ von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Viele Menschen sind vor allem auch durch die öffentliche Diskussion verunsichert. Sie wissen nicht, was auf sie beim Heizen künftig zukommt. Gerade wir Sozialdemokraten haben in den letzten Tagen intern viel Druck gemacht, damit der Gesetzentwurf noch verändert wird. Ich bin sicher, dass es jetzt gelingen wird, zeitnah ein Gesetz zu verabschieden, dem alle Ampel-Parteien zustimmen können. Das betonte in dieser Woche auch unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich in der Fraktionssitzung der SPD-Bundestagsfraktion (im Bild stehend neben Bundeskanzler Olaf Scholz).



Der Gesetzentwurf muss jetzt endlich im Bundestag beraten werden. Die Menschen brauchen Planungssicherheit. Wir werden den Entwurf im parlamentarischen Verfahren gemäß dem „Struck’schen Gesetz“, wonach kein Gesetz so verabschiedet wird, wie es eingebracht wurde, weiter verbessern. Uns geht es vor allem darum, niemanden allein zu lassen und alle Menschen mitzunehmen. Wir wollen uns dabei die Ausnahmeregelungen erweitern und Umsetzungsfristen genau anschauen und die Förderung stärker sozial staffeln.

Euer



Neues aus dem Bundestag

Mehr Entlastung für pflegende Angehörige

Die Pflege steht seit der Corona-Pandemie finanziell besonders stark unter Druck. Zudem führt der demografische Wandel zu mehr pflegebedürftigen Menschen und steigenden Kosten. Nicht nur in der stationären Pflege, sondern auch in der häuslichen Pflege.

Da alle Leistungen der Pflegeversicherung begrenzt sind und die tatsächlichen Kosten oft die erstatteten Beträge übersteigen, ist der selbst aufzubringende Anteil der Pflegebedürftigen im Laufe der Zeit immer weiter angestiegen. Das **Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz** sieht vor, dass Pflegebedürftige mit der Pflegereform entlastet und die Einnahmen der sozialen Pflegeversicherung gleichzeitig stabilisiert werden.

Geplant ist, das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent anzupassen. 2025 werden diese und alle anderen Leistungen der Pflegeversicherung dann um weitere 4,5 Prozent angepasst, ab 2028 steigen sie entsprechend der Kerninflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig so in Anspruch nehmen wie das Kinderkrankengeld, also deutlich



häufiger. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden.

Ab dem 1. Juli 2025 wird der gemeinsame Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, also das sogenannte Entlastungsbudget für pflegende Angehörige, eingeführt. Damit helfen wir Menschen, die ihre Angehörigen pflegen und dadurch selbst Entlastung benötigen. Mit dem Entlastungsbudget wird es möglich sein, Leistungen der Pflegeversicherung flexibler innerhalb des Budgets abzurufen. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung wird das Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt.



Des Weiteren wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, nach dem Eltern kinderreicher Familien bei den Beiträgen der Pflegeversicherung entlastet werden müssen. Dazu wird der Kinderlosen-Zuschlag angehoben. Zugleich wird der Beitrag ab zwei Kindern bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind abgesenkt. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

In der stationären Pflege wird das sogenannte Personalbemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt. Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Die Pflegeversicherung muss aber auch stabilisiert werden, um der demographischen Entwicklung zu begegnen und die Leistungsanpassungen zu finanzieren. Zum 1. Juli 2023 soll deshalb, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, der Pflegebeitrag um 0,35 Punkte auf 3,4 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens angehoben werden. Der Arbeitgeberanteil liegt bei 1,7 Prozent.

Versorgung mit Arzneimitteln

Unser Ziel ist ein gutes Gesundheits- und Pflegesystem, in dem jeder Mensch die Versorgung erhält, die er oder sie braucht. Dazu gehört auch eine gute und schnelle Versorgung mit Arzneimitteln. Besonders im vergangenen Winter waren hierzulande einige Medikamente, darunter Fiebersaft für Kinder oder Antibiotika, nicht ausreichend in den Apotheken verfügbar.

Die Engpässe haben mit der Arzneimittelvergütung zu tun, die wir nun verbessern wollen. Wir lockern die Preisregeln etwa für Kinderarzneimittel und stärken Europa als Produktionsstandort für Arzneimittel. Hersteller erhalten künftig mehr Geld für Medikamente. So sorgen wir dafür, dass genug Medikamente auf dem deutschen Markt verfügbar sind und geben den Menschen Sicherheit.

Dazu hatte der Bundestag diese Woche erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln beraten.

Der Gesetzentwurf sieht strukturelle Maßnahmen bei Festbeträgen, Rabattverträgen und bei der Versorgung mit Kinderarzneimitteln vor. Die Regierung will eine Pflicht zur mehrmonatigen Lagerhaltung einführen, um kurze Störungen in der Lieferkette oder kurzfristigen Mehrbedarf bei patentfreien Arzneimitteln ausgleichen zu können. Für nicht verfügbare Arzneimittel sind dem Entwurf zufolge zusätzliche vereinfachte Austauschregelungen in der Apotheke geplant.

Gesundheitspolitische Reise nach China

Edgar Franke konnte sehr konstruktive Gespräche mit dem chinesischen **Vize-Gesundheitsminister Dr. Cao** und anderen Repräsentanten von Regierung und Administration in Peking führen.



Die Vorbereitung der Regierungskonsultationen zwischen deutschen und chinesischen Ministern im Juni in Berlin war Hauptgrund des Besuchs.

Wir haben bei unserem Besuch auch ein Kooperationsabkommen mit der chinesischen Arzneimittelzulassungsbehörde unterzeichnet. Der Präsident des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), Prof. Karl Broich, hat als Mitglied der Delegation zu Fragen der Patientensicherheit Gespräche mit seinen chinesischen Fachkollegen geführt.

Es ging auch darum, Lehren aus der Pandemie zu ziehen und in Zukunft gemeinsam gegen Covid-19 vorzugehen. Wir wollen den dazu wichtigen, zunehmend globaleren gesundheitspolitischen Herausforderungen mit einem internationalen Pandemieabkommen

begegnen. Digitalisierung, Klima und Gesundheit und die Krankenhausstruktur waren weitere Themen.

Ein Krankenhaus und Pflegeeinrichtungen wurden besichtigt.

Zu Fragen der Gesundheitswirtschaft erfolgte in der Deutschen Handelskammer und in der Botschaft ein



Austausch mit Vertretern deutscher Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

Vor allem soll eine Entkopplung der Märkte in China verhindert werden, um im Sinne einer qualitativ hochwertigen Versorgung in beiden Ländern, einen fairen und transparenten Zugang zu den jeweiligen Märkten organisieren zu können.



Schließlich haben wir uns in Hongkong mit dem **Gesundheitsminister Prof. Lo** über Fragen der Autonomie

der Sonderverwaltungszone und ehemaligen britischen Kolonie im südöstlichen China ausgetauscht.



Aus Wahlkreis und Heimatregion

Frühlingsempfang und Tag der Städtebauförderung in Gudensberg



Stadtverordnetenvorsteher Jochen Noll (im Bild links) und Bürgermeisterin Sina Best (im Bild rechts) hatten in Gudensberg zu einem Frühjahrsempfang in den Stadtpark eingeladen.

Der Frühjahrsempfang stand unter dem Thema: „Die Stadtentwicklung von

Gudensberg“. Das Impulsreferat hielt Sören Bartol, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (oberes Bild Mitte). Den Kontakt hatte Edgar Franke vermittelt.



Neben der Städtebauförderung wurde die Altstadt von Gudensberg in das Förderprogramm Lebendige Zentren in Hessen aufgenommen. Sie ist gekennzeichnet von einem Kontrast zwischen einerseits hochwertig sanierten Häusern und andererseits von Gebäuden, die sich in einem schlechten Zustand befinden oder dem Verfall

preisgegeben sind, sodass die Wohnqualität leidet.

Bild von links: Regionalmanager Kai -Georg Bachmann, Edgar Franke, Sören Bartol und MdL Günter Rudolph.



Etwa 120 denkmalgeschützte Gebäude befinden sich in diesem Kernbereich. Es handelt sich um ein größtenteils geschlossenes Ensemble von Fachwerkbauwerken aus dem 17. Jahrhundert, gekrönt von der Ruine der Obernburg.

Bereits vorher erfolgte eine Stadtführung, wo und wie sich Gudensberg durch das Stadtentwicklungskonzept „Gudensberg2030“ verändern wird.



Bilder der Woche

Die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Hessen unterstützen das hessische Team Eintracht Frankfurt beim bevorstehenden **Finale im DFB-Pokal**.

Dazu wurde ein Foto-Shooting mit Eintracht-Schal veranstaltet.





Gesundheit trifft Zirkus 2023

Edgar Franke gratulierte dem IKK e.V. zum 15-jährigen Jubiläum und bedankte sich nicht nur beim Verband, sondern auch bei der Selbstverwaltung für die wertvollen Impulse in der Gesundheitspolitik in der Vergangenheit. Auch sei es seit vielen Jahren gute Tradition, unter dem Motto „Gesundheit trifft Zirkus“ in die „Bar jeder Vernunft“ einzuladen.



Bild links: Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden des IKK e.V. Hans-Jürgen Müller

Franke betonte in seiner Rede, dass der Kern der geplanten Krankenhausreform die Verbesserung der Behandlungsqualität ist und eben nicht zur Schließung von Krankenhäusern führen werde.

Edgar Franke im Bild rechts mit **Gerald Gaß**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft.





Austausch mit dem Bundeswahlbeauftragten für die Sozialwahlen, Peter Weiß, im Bundesgesundheitsministerium.

Noch bis zum 31. Mai können Versicherte bei der Sozialwahl abstimmen. Hier wählen die Versicherten ihre Vertreter in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger.



Treffen mit der Hessischen Krankenhausgesellschaft in Berlin.

Von links: Prof. Dr. Steffen Gramminger, Michael Sammet, Dr. Edgar Franke, Dr. Thomas Menzel, Dr. Christian Höftberger

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Edgar Franke, Seite 3 Image by [PublicDomainPictures](#) from [Pixabay](#), Seite 5 und 6 alle Edgar Franke, Seite 7 Christin Gerstner (oben) und Edgar Franke (unten), Seite 8 Bilder oben Edgar Franke, Bild unten SPD-Landesgruppe Hessen, Seite 9 alle Bilder Edgar Franke, Seite 10 alle Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.